



Antragsvorlage

Fachbereich	Stab des Bürgermeisters
Berichterstatter	Stennes, Julia

SdBM-025-1-26

Vorlagen-Datum	01.10.2026
----------------	------------

Gremium	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeinderat	15.10.2026	öffentlich

Betreff: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN zum Thema "Status quo und Zukunftsplanung: Digitale Transformation der Gemeindeverwaltung Altenbeken"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Altenbeken beschließt das Thema an den Haupt- und Finanzausschuss zu übergeben und beauftragt die Verwaltung über den aktuellen Stand sowie weitere Planungen zu informieren.

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN hat einen Antrag zum Thema „**Status quo und Zukunftsplanung: Digitale Transformation der Gemeindeverwaltung Altenbeken**“ eingereicht. Ziel des Antrages ist es, den aktuellen Stand der Digitalisierung innerhalb der Gemeindeverwaltung zu erfassen und Perspektiven sowie konkrete Handlungsfelder für die weitere digitale Entwicklung der Verwaltung aufzuzeigen.

Der Antrag wurde zunächst dem Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Kultur zur Beratung vorgelegt. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 10.09.2029 beschlossen, den Antrag zur weiteren Beratung an den Rat der Gemeinde Altenbeken weiterzuleiten. Zugleich empfiehlt der Ausschuss dem Rat, das Thema zur weiteren Bearbeitung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Die digitale Transformation der Gemeindeverwaltung betrifft verschiedene Aufgabenbereiche der Verwaltung. Neben der technischen Ausstattung und der digitalen Infrastruktur sind insbesondere die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, die elektronische Aktenführung, digitale Angebote für Bürgerinnen und Bürger, die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen an digitale Verwaltungsleistungen, Informationssicherheit und Datenschutz sowie die organisatorischen und personellen Auswirkungen einer fortschreitenden Digitalisierung zu berücksichtigen.

Für eine sachgerechte weitere Beratung erscheint es daher erforderlich, zunächst den bestehenden Digitalisierungsstand der Gemeindeverwaltung zu ermitteln und hierauf aufbauend die weiteren Handlungsfelder, Prioritäten, zeitlichen Umsetzungsperspektiven und

gegebenenfalls erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen zu bestimmen. Dabei sind auch bereits bestehende digitale Verfahren und Projekte sowie mögliche interkommunale bzw. kreisweite Kooperationen einzubeziehen.